

Frieden schaffen - mit militärischen Mitteln nicht zu machen

In den Verlautbarungen von Regierung und Militärführung wird gern betont, Frieden zu schaffen sei der eigentliche Auftrag der Bundeswehr. Selbst wenn dies tatsächlich die Aufgabe des deutschen Militärs wäre – sie ließe sich letztlich nicht durchzuführen. Denn wirklicher Friede ist mit kriegerischen Mitteln nicht zu erreichen. (mehr ...)

Zweck eines Eingreifens der Bundeswehr könnte etwa die „Friedens erzwingung“ mit militärischen Mitteln sein, z.B. in einer Bürgerkriegssituation. Friedens erzwingung bedeutet, alle Bürgerkriegsparteien zur Kapitulation zu bewegen und zu entwaffnen. Das wurde z.B. 1993 in Somalia erfolglos versucht. Eine von der UNO legitimierte Eingreiftruppe unter Führung der USA, an der auch die Bundeswehr beteiligt war, sollte die Bürgerkriegsparteien entwaffnen, stieß aber auf Widerstand. Der Einsatz wurde abgebrochen, nachdem amerikanische Soldaten getötet wurden.

Bisher gibt es keine schlüssigen Konzepte für ein militärisches Eingreifen in Bürgerkriege. Eine militärische Intervention zur Entwaffnung von Bürgerkriegsparteien, auch wenn sie von den besten Absichten geleitet wäre, würde die Lage der Bevölkerung nicht verbessern. Auf jeden Fall bedeutet ein solches Eingreifen immer, Krieg zu führen. Mit der Folge, dass Teile der Zivilbevölkerung „geopfert“ werden.

Friedens erzwingung fordert Menschenleben

Wer militärisches Eingreifen in Konflikte für legitim hält, erklärt damit auch massenhaftes Leid und den Tod von vielen Unschuldigen für vertretbar. Diejenigen, die den Militärs den Auftrag zur Intervention geben, hält das in der Regel aber nicht vom Einsatzbefehl ab.

Das gilt zum Beispiel auch für das Eingreifen der NATO in den Kosovo-Krieg 1999, an dem auch die Bundeswehr beteiligt war. Die NATO-Bombardements gegen die Truppen der jugoslawischen Armee und die Zerstörung der Infrastruktur in Jugoslawien sollten den politischen Willen der Regierung brechen. Sie brachten über Wochen hin nicht den gewünschten Erfolg, kosteten aber viele Zivilisten das Leben und führten im großen Maßstab zu Flucht und Vertreibung.

Selbst wenn man der offiziellen Begründung folgt, dass die westlichen Militär-Interventionen im Irak und in Afghanistan der dortigen Bevölkerung dienen sollten bzw. sollen, so hat sich gezeigt: Das proklamierte Ziel wurde nicht erreicht, trotz militärischer Überlegenheit konnten Frieden und Sicherheit nicht hergestellt werden. Allein der völkerrechtswidrige Krieg gegen das Saddam-Regime brachte für hunderttausende irakische ZivilistInnen den Tod. Wirklicher Frieden herrscht im Irak auch nach dem Ende der Kampfhandlungen nicht. In Afghanistan dauert der Krieg noch an, auch hier hat die Zivilbevölkerung die meisten Opfer zu beklagen.

„Friedenserhaltende Maßnahmen“

Denkbar wäre auch, dass die Bundeswehr zu „friedenserhaltenden Maßnahmen“ eingesetzt wird. Friedenserhaltung, das bedeutet im Sinne der Vereinten Nationen: Nach einem Waffenstillstand in einem Kriegsgebiet wird dort eine „Blauhelm-Truppe“ stationiert, und zwar mit Zustimmung der Konfliktparteien. Diese Truppe ist nur leicht bewaffnet, sie soll durch ihre Anwesenheit von Übergriffen und Provokationen abschrecken. Sie hat keinen Kampfauftrag und auch keine Fähigkeit, einen Gegner zu bekämpfen.

Ursprünglich wurden Blauhelm-Truppen von kleineren neutralen Staaten gestellt (z.B. Schweden, Österreich). Es wurde angenommen, dass diese unparteiisch in einem Konflikt sind und nicht über die militärische Macht verfügen, einen großen Krieg in der Region zu führen.

Die Bundeswehr sollte keine Blauhelm-Einsätze übernehmen, weil Deutschland keine neutrale und unbedeutende Macht ist. Blauhelm-Truppen schaffen keinen wirklichen Frieden, sie ändern nichts an dem eigentlichen Konflikt, sie stabilisieren bestenfalls einen Waffenstillstand. Zum Beispiel sind in Zypern seit 1974 Blauhelm-Truppen stationiert. Die Ursache für den dortigen Konflikt besteht aber weiter: Die Kontrahenten Griechenland und Türkei können sich über die Zukunft der Insel nicht einigen.

Fixierung auf's Militär verhindert zivile Konfliktbearbeitung

Konflikte wird es immer geben, aber sie müssen nicht zwangsläufig militärisch ausgetragen werden. Krisenbewältigung kann man auch mit politischen und diplomatischen Mitteln betreiben. Bisher ist die Politik jedoch fast vollkommen auf militärische Lösungen fixiert, wenn es um die Bewältigung von Krisen geht. Für vom Militär unabhängige, zivile Aktivitäten zur Konfliktbeilegung in Krisenregionen mangelt es nach wie vor an ausreichender politischer und finanzieller Unterstützung. Obwohl die Bundesregierung offiziell erklärt hat, dass sie auch die zivile Konfliktbearbeitung als wertvoll und notwendig ansieht.

Die finanziellen Konsequenzen aus diesem Bekenntnis sind bisher ausgeblieben. Die Ausgaben für zivile Konfliktbearbeitung liegen im Millionen-Bereich. Das ist nur ein Bruchteil dessen, was für's Militär aufgewendet wird. Die dringend notwendige Umschichtung von Haushaltsmitteln weg vom Rüstungsetat hin zur zivilen Konfliktbearbeitung hat die Regierung bisher verweigert.

Mehr Infos im Internet: www.dfg-vk.de;
www.schritte-zur-abruestung.de;
www.bundeswehrabschaffen.de